

ORF.at



Foto: ORF

Foto: ORF

POLITIK

Linz zahlt zwölf Mio. in Swap-Vergleich

Der jahrelange Rechtsstreit zwischen Stadt Linz und BAWAG über den Swap 4175 wird offenbar mit einem Vergleich beigelegt. Bürgermeister Klaus Luger (SPÖ) bestätigte einen Artikel auf Nachrichten.at, laut dem die Stadt zwölf Mio. Euro zahlen werde.

18.01.2023 10.26

Es brauche noch einen Gemeinderatsbeschluss seitens der Stadt, und auch die BAWAG müsse noch ihre Gremien befassen, sagte Luger der APA. Doch dann könne es vor dem Handelsgericht Wien zur offiziellen Streitbeilegung kommen. Das Zwischenurteil, wonach der Vertrag rechtsunwirksam zustande gekommen sei, da keine Genehmigung der Aufsichtsbehörde vorlag, sei bereits vor einigen Monaten vom Obersten Gerichtshof bestätigt worden, so Luger. Nähere Details zu dem Vergleich kündigte er für die Pressekonferenz zu Mittag an.

Großes finanzielles Risiko für Stadt Linz

Der damalige Linzer Finanzdirektor hatte im Jahr 2007 das Swap-Geschäft – eine Art Kurs-Zins-Wette – zur Absicherung einer auslaufenden Kreditlinie über 195 Millionen Schweizer Franken mit der BAWAG abgeschlossen. Durch den Kursanstieg des Franken wuchs der Wert des Swaps 4175 auf mehrere hundert Mio. Euro, die zusätzlich zur Kreditschuld zu zahlen wären.

Die Stadt Linz stellte im Jahr 2011 die fälligen Raten für den Swap ein, seitdem läuft der Rechtsstreit mit einem Streitwert von über 500 Millionen Euro zwischen der Stadt Linz und der Bank.

red, ooe.ORF.at/Agenturen

Links:

- Linzer Swap ungültig: OGH bestätigt Urteil (ooe.ORF.at)
- OLG: „Swap hatte nie Bestand“ (ooe.ORF.at)
- Swap: Schriftliches Zwischenurteil liegt vor (ooe.ORF.at)
- Swap 4175 (https://www.linzwiki.at/wiki/SWAP_4175/) (LinzWiki)